

Am 23. September, frühmorgens um 2.25 Uhr, steht fest, dass es in Wiesbaden wieder „hessische Verhältnisse“ gibt. Das heißt: Innerhalb der politischen Lager kommt keine Mehrheit zustande. Die FDP hat es zwar in letzter Sekunde noch in den Landtag geschafft, aber eine Fortsetzung der Regierung mit Ministerpräsident Volker Bouffier und seiner CDU ist nicht drin. Auch für die erklärten Wunschpartner SPD und Grüne reicht es nicht, wieder einmal, denn die Linkspartei ist im Landtag geblieben. Immerhin haben CDU, SPD und Grüne vor der Wahl dieses Mal keine Mauern zum anderen Lager gebaut. „Ausschließertis“ hatte Tarek Al-Wazir, der Grünen-Chef, diese früher nicht nur in Hessen weitverbreitete Krankheit genannt. Die FDP allerdings hatte ihr Schicksal vor der Wahl eng mit dem der CDU verbunden. Ob die FDP daran festhält, ist zunächst ungewiss. Vor allem die SPD macht sich Hoffnungen auf eine Ampelkoalition, aber für offene Sondierungen ist die Parteispitze der Liberalen rund um Jörg-Uwe Hahn trotz mehrfachen Vorsprechens der Sozialdemokraten nicht zu haben. So bleiben drei Optionen für eine Mehrheitsregierung: Schwarz-Rot und Schwarz-Grün unter dem Ministerpräsidenten Volker Bouffier sowie Rot-Grün-Rot unter der Führung des SPD-Spitzenkandidaten Thorsten Schäfer-Gümbel. Möglich ist auch eine Minderheitsregierung von SPD und Grünen – allerdings waren die beiden Parteien vor fünf Jahren schon einmal mit diesem Experiment gescheitert. In den ersten Tagen nach der Landtagswahl beschließen die zuständigen Parteigremien von CDU, SPD, Grünen und Linkspartei, alle möglichen Konstellationen zu sondieren. Das ist die Ausgangslage. Es beginnt ein komplexes Spiel um die Macht in Wiesbaden.

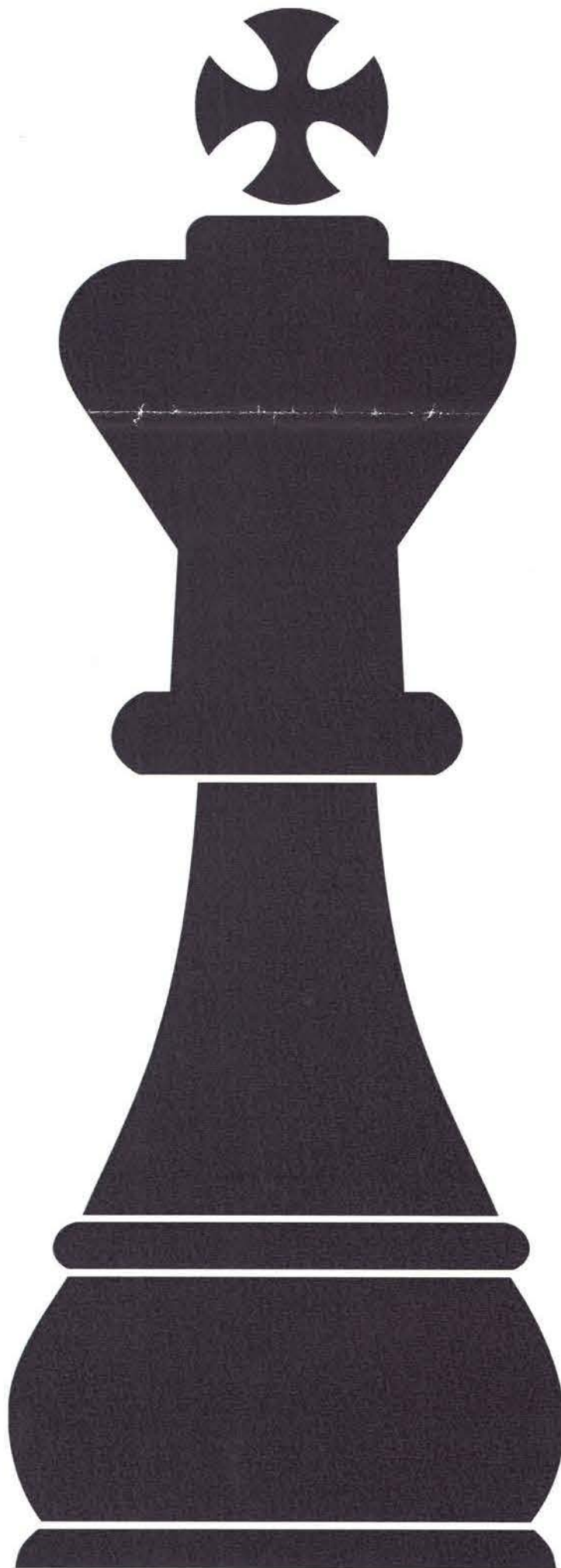


Den Eröffnungszug in diesem Spiel machen die Grünen am 28. September. Während die Bundesgrünen in Berlin zusammenkommen, um ihre Niederlage bei der Bundestagswahl aufzuarbeiten, trifft sich in Wiesbaden der Parteirat des hessischen Landesverbands. Vorstand und Delegierte sind hin- und hergerissen: Die Landespolitiker ticken links, sie bevorzugen eine Regierung mit der SPD und mit der ungeliebten Linkspartei. Die Kommunalpolitiker neigen dagegen eher der CDU zu. Das ist kein Wunder, viele haben mit den Schwarzen schon zusammen regiert. In Frankfurt, der größten Stadt des Landes, und in Darmstadt sowie in etlichen hessischen Kleinstädten arbeiten beide Parteien seit Jahren erfolgreich zusammen. Und Tarek Al-Wazir, der Partei- und Fraktionschef? Er wittert seine Chance, endlich ins Kabinett einzuziehen. Unter seiner Führung fasst der Parteirat einen mutigen Beschluss. Erstens: Die Grünen streben „eine Koalitionsregierung und kein Tolerierungs- oder Minderheitsmodell an“; das ist Al-Wazirs Lehre aus dem Desaster von 2008, das den Wahlverlierer Roland Koch im Amt hielt. Zweitens: Neben einer gebührenden Berücksichtigung ihrer inhaltlichen Positionen sei „die Frage entscheidend, dass es eine verlässliche und dauerhafte Übernahme von Verantwortung gibt“. Der Satz stellt die Linkspartei vor die höchste denkbare Hürde, denn sie hat sich im Wahlkampf wie die Totalopposition geriert und so getan, als sei die Staatskasse prall gefüllt. Damit es auch der Letzte kapiert, präzisiert der Parteirat der Grünen: „Dazu gehört die Antwort auf die Frage, wie die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse inklusive der in der hessischen Verfassung festgelegten Einnahme- und Ausgabeverantwortung sichergestellt wird.“ Der Beschluss zeigt, was die Grünen von den Linken halten. Und die CDU weiß jetzt, dass die Grünen regieren wollen.

Illustration: F.A.S.

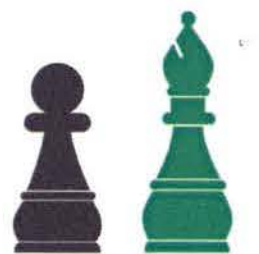
Neun Wochen Schach

Das Spiel um die Macht in Wiesbaden ist ausgekämpft. Eine Spielanalyse von *Thomas Gutschker und Philip Eppelsheim*



Ebenfalls am 28. September trifft sich der Parteirat der Sozialdemokraten. Was sie eint, ist das Bestreben, dass die SPD endlich wieder zur Regierungspartei wird – nach 14 Jahren in der Opposition. Man will endlich beweisen, dass man regieren kann. Aber wie? Viele Genossen sind für eine rot-grün-rote Koalition, etliche sind aber auch dagegen. Wie 2008. Die Grünen, die Schäfer-Gümbel in den vergangenen fünf Jahren verkleinert hat, dürfen nicht wieder aufbrechen. Der Parteirat beschließt, mit allen Parteien zu reden und die eigene Basis einzubinden. Deshalb soll am Ende ein Landesparteitag das letzte Wort haben. Ministerpräsident kann Schäfer-Gümbel nur mit Hilfe der Grünen werden – doch deren Beschluss ist ein Schlag ins Gesicht. Also doch Juniorpartner unter Bouffier? Das wäre in der Partei auf die Schnelle kaum durchsetzbar. Sofort käme der Vorwurf: Ihr habt Rot-Grün-Rot nicht einmal geprüft. Für den SPD-Chef beginnt ein Eiertanz.

Am 2. Oktober treffen sich CDU und SPD zu einem ersten Gespräch in Gießen. Sage und schreibe 63 Jahre ist es her, dass SPD und CDU in Hessen zuletzt über eine Regierungsbildung gesprochen haben. Der Ort des Treffens ist mit Bedacht gewählt: Gießen, politische Heimat von Bouffier und Schäfer-Gümbel. Man trifft sich in einem Hotel, große Runde: CDU und SPD kommen jeweils zu sechs. Das Gespräch dauert zweieinhalb Stunden, es verläuft nach kurzem Abtasten professionell, schnell redet man über Bildung und Finanzen – offen und ehrlich. Ehrlich heißt auch: Die CDU-Leute geben klar zu verstehen, dass sie von Parallelverhandlungen über ein Linksbündnis nichts halten. Schäfer-Gümbel solle nicht so tun, als stünde die CDU in gleicher Entfernung zur SPD wie die teilweise verfassungsfeindliche Linke. Der SPD-Chef versucht zu besänftigen: Es gehe ja nur darum, die Linkspartei in Verantwortung zu nehmen und zu entzaubern. Am Ende des ersten Treffens treten Bouffier und Schäfer-Gümbel getrennt vor die Kameras – auf Wunsch der Sozialdemokraten. Das Zeichen: Wir halten uns alle Möglichkeiten offen. Die CDU ist irritiert.

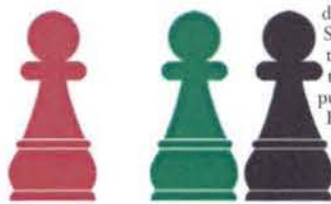


Am Montagabend zwei Wochen nach der Wahl macht Volker Bouffier einen überraschenden Zug. Die Grünen kommen zu einem ersten Gespräch in sein Landtagsbüro. Tarek Al-Wazir bringt seine Mitspitzenkandidatin Angela Dorn mit. Und Bouffier? Die Grünen hatten fest mit Generalsekretär Peter Beuth gerechnet. Doch dann taucht Lucia Puttrich auf, die hessische Umweltministerin. Puttrich und Al-Wazir hatten 2011 beim hessischen Energiegipfel nach dem Beschluss zum Atomausstieg eng und gut miteinander verhandelt, sie ist aufgeschlossen für Schwarz-Grün. Es wird ein intensives Tête-à-tête. Die vier reden über die Vergangenheit, über Schlächten im Landtag, persönliche Verletzungen, wechselseitige Vorurteile. Vergangenheitsbewältigung. Der Ton ist versöhnlich. Bouffier erkundigt sich nach Dorns Schwangerschaft, die weit fortgeschritten ist. Nach zweieinhalb Stunden treten Bouffier und Al-Wazir vor die Journalisten. Sie sagen nichts Weltbewegendes, nur, dass sie weiter sondieren wollen. Der Auftritt selbst ist schon die Botschaft: gemeinsam. Nicht getrennt. Die Grünen wissen jetzt: Auch die CDU meint es ernst. Aber sie kann nicht alles auf eine Karte setzen – und sich am Ende vom kleineren Partner den Preis diktieren lassen. Jetzt kriegt Schäfer-Gümbel etwas geboten. Beim nächsten Treffen am 9. Oktober darf er hoch hinaus: Main Tower, 46. Stock. Er blickt zur

Wand, Bouffier blickt nach draußen. Unten stehen sich die Journalisten die Füße platt. Das Gespräch dauert 180 Minuten länger als geplant. Danach lautet die Botschaft: Es gibt mehr Verbindendes als Trennendes. Verkündet wird das wieder getrennt. Doch Schäfer-Gümbel ist im Höhenrausch, man kann es sehen und hören. Man könne ja auf dem Chefsessel rotieren, zur Hälfte der Legislaturperiode oder auch jede Stunde, scherzt er. Die SPD-Leute fahren mit dem Gefühl in die Herbstferien, sie könnten die Grünen locker ausstechen. Und die Grünen? Schäumen vor Wut. „Hätte nicht gedacht, dass die Hessen-SPD so schnell in die große Koalition huscht“, schimpft ein grüner Unterhändler. Bouffier kann sich zufrieden zurücklehnen: Er hat die Partner aus dem Wahlkampf zu Wettbewerbern gemacht – um die Gunst der CDU.

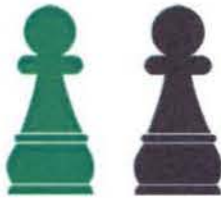


„Ist schon alles entschieden?“ Tarek Al-Wazir stellt gleich am Anfang der zweiten Runde mit der CDU die Frage, die ihn bewegt. „Dann sitzen wir nicht hier“, erwidert Bouffier. Er schildert in groben Zügen den Stand der Gespräche mit der SPD. Die Grünen sind beruhigt. Sie sind jetzt in großer Besetzung erschienen. Al-Wazir bringt nicht nur seine Vertrauen aus dem Landtag mit, die nach links neigen. Er hat auch drei Kommunalpolitiker im Schlepptau, die allesamt schon mal mit der CDU regiert haben. Wieder ein Signal. Da ist Horst Burghardt, Bürgermeister einer Vorstadt im Frankfurter Speckgürtel, sein Mentor aus frühen Tagen im Landtag; dann noch die Gießener Bürgermeisterin, die jahrelang mit einer Jamaika-Koalition regiert hat, und die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Darmstädter Stadtrat. „Für uns ist das ganz normal, mit der CDU zu reden“, sagt eine von ihnen. Nach den Sondierungen wirken sie mäßigend auf die Landtagsabgeordneten ein. Fühlen die sich provoziert, sagen die anderen: Leute, regt euch nicht auf, das ist doch alles halb so wild. Die CDU sieht es mit Freude. Der stellvertretende Parteichef Franz Josef Jung galt mal als „Grünenfresser“. Jetzt sagt er einer Zeitung: „Viele unserer Mitglieder, bis hinein in den konservativen Bereich, wissen, dass es strategisch an der Zeit ist, auch über Schwarz-Grün neu nachzudenken.“ Auch Schäfer-Gümbel gibt ein Interview. Es sei nicht ausgeschlossen, „dass Schwarz-Grün regiert und wir in die Opposition gehen“. Einige Tage später, am 24. Oktober, schreibt der SPD-Chef eine SMS an einen Abgeordneten der Grünen: Es sei doch alles schon ausgekaspert.

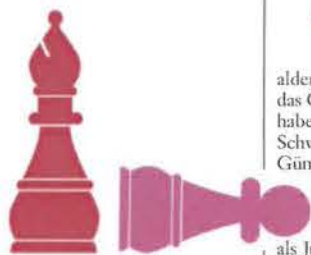


Nächster Zug, kaltes Erwachen für die SPD: Die CDU verschiebt das dritte Sondierungstreffen auf Anfang November, redet aber am 28. Oktober fünf Stunden lang mit den Grünen. Es geht jetzt ans Eingemachte, das Reizthema Flughafen. Die Grünen wollen kein drittes Terminal, ein längeres Nachtflugverbot und eine Deckelung der Flugbewegungen; die CDU will den wichtigsten Arbeitgeber und Steuerzahler des Landes weiter fördern. Man einigt sich darauf, eine Unterarbeitsgruppe einzurichten, jeweils zwei Leute. Sie sollen vor dem nächsten Treffen Kompromisslinien ausloten. Damit erreichen die Gespräche die „Tiefe von Koalitionsverhandlungen“, wie ein CDU-Mann sagt. Auch mit der SPD wird beim Reizthema Bildung so verfahren. Wieder ein Erfolg für Bouffier: Parallele Koalitionsverhandlungen hatten Grüne und SPD ausgeschlossen – jetzt finden sie in den entscheidenden Fragen doch schon statt. Bouffier stellt sicher, dass offen und ernsthaft geredet wird. Wenn seine Un-

terhändler sich nach den Runden nochmal zusammensetzen, bewerten sie nur Sachfragen. Kein Wort fällt über Wunschpartner, alle halten sich eisern daran. Doch die Irritation über Schäfer-Gümbels Kurs bleibt, auch wenn man mittlerweile gemeinsam vor die Kameras tritt. CDU-Leute sagen, Schäfer-Gümbel spiele auf Zeit und habe eine Regierungsbildung erst im nächsten Frühjahr ins Spiel gebracht. Zudem sagt der SPD-Chef in einem Interview, dass die „Hürden für eine Zusammenarbeit mit der CDU und der Linkspartei hoch“ seien.



Am 2. November bewertet der Parteirat der Grünen die bisherigen drei Sondierungsrunden mit der CDU sowie SPD und Linkspartei. Es wird wieder ein Beschluss, der den Sozialdemokraten weh tut. Die Grünen wollen weiter mit der Konstituierung des neuen Landtags am 18. Januar eine neue Regierung wählen. Mit CDU und SPD könne es eine „verlässliche und dauerhafte Übernahme von Verantwortung“ geben, mit der Linkspartei nicht. „Da ist kein Vertrauen gewachsen“, sagen jetzt sogar die Unterhändler, die ein solches Bündnis bevorzugt hätten. Und schließlich heben die Grünen nun ihre Gemeinsamkeiten mit der CDU hervor: bei Energiewende, Bildung, Betreuung, Sozialpolitik. Beim Reizthema Flughafen heißt es: Da bleiben Differenzen, aber sie sind mit der CDU genauso groß wie mit der SPD. Der Parteirat zitiert eine Umfrage, wonach jeweils die Hälfte der Grünen-Wähler ein Linksbündnis und ein Bündnis mit der CDU will, und „sieht darin den klaren Wunsch unserer Anhängerinnen und Anhänger, grüne Inhalte in Regierungsverantwortung umzusetzen“. Das ist die Ansage: Die Grünen wollen regieren, und das geht praktisch nur noch mit der CDU.

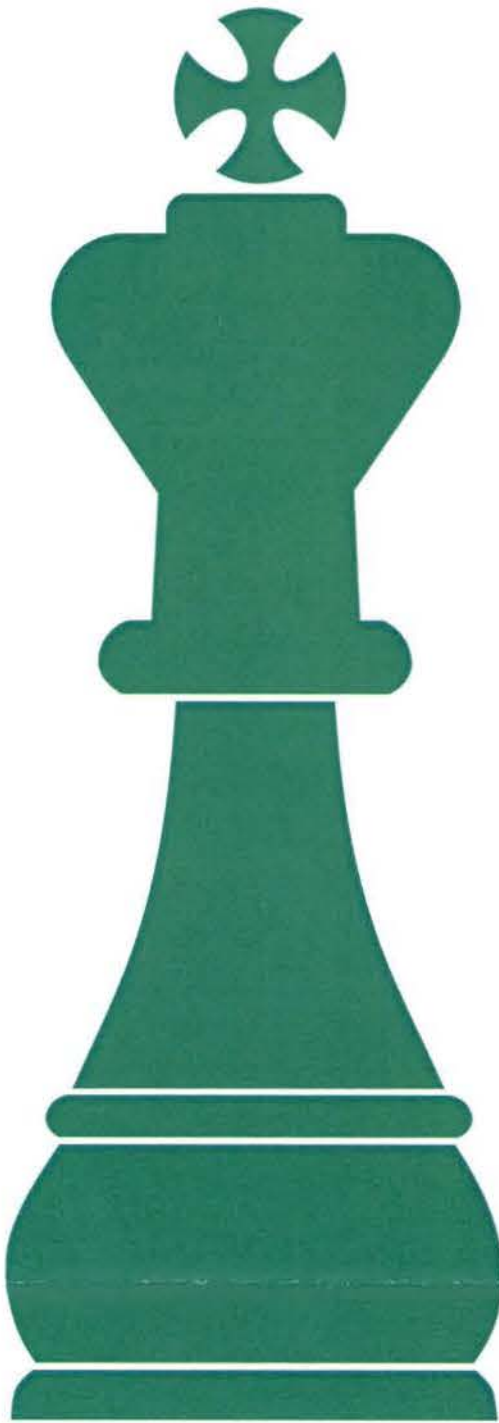


Beim SPD-Parteitag in Leipzig am 13. November berichtet Schäfer-Gümbel, nächster Zug, dem Parteivorstand. Er erzählt von den Sondierungen, stellt Fakten und Probleme dar. Schäfer-Gümbel muss damit rechnen, dass sich verbreitet, was er sagt. Noch am Abend sickert durch: Rot-Grünrot wird es nicht geben. Als die Fraktionsvorsitzende der hessischen Linkspartei, Janine Wissler, davon erfährt, telefoniert sie mit Schäfer-Gümbel. Er beschwichtigt. Doch auch in der Linkspartei glaubt man zu diesem Zeitpunkt nicht mehr wirklich an ein Bündnis mit der SPD. Wie hatte Sigmar Gabriel noch gesagt? Die Linkspartei sei keine Machtopion in Hessen, weil „da fünf Irre stehen“.

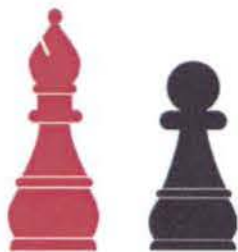
Kurz vor der letzten Sondierungsrunde mit der CDU bringt die SPD plötzlich eine rot-grüne Minderheitsregierung ins Spiel, die mit wechselnden Mehrheiten regiert. Eine Verzweigungstaktik.



Bouffier und CDU-Fraktionschef Christian Wagner stellen Schäfer-Gümbel zu Anfang der letzten Sondierungsrunde am Montag dieser Woche zur Rede. Sie wollen wissen, was das Gerücht über eine „echte Minderheitsregierung“ solle. Die Stimmung ist gereizt. Die Sozi-



aldemokraten fragen zurück, ob das Gespräch überhaupt noch Sinn habe. Alles laufe doch auf Schwarz-Grün hinaus. Schäfer-Gümbel reagiert defensiv. Er spielt die Berichte über seine letzte Volte herunter und sagt, dass er sich gut vorstellen könne, als Juniorpartner in eine Koalition mit der CDU einzutreten. Na endlich, denken einige CDU-Leute. Sie rechnen fest damit, dass Schäfer-Gümbel das auch anschließend der Presse mitteilt. Macht er aber nicht.



Gleich nach der Sondierung im SPD-Parteirat: Thorsten Schäfer-Gümbel berichtet, welche Schlüsse aus den Sondierungsgesprächen zu ziehen seien, was noch gehe: Opposition und große Koalition. Alles andere sei gescheitert. Wegen der Grünen, wegen der Linkspartei, wegen der FDP. Die anderen sind schuld. Führende Sozialdemokraten glauben: Auch die CDU ist festgelegt – und zwar auf die Grünen. Es gibt kaum noch Hoffnung. Die Genossen sind ernüchtert, niedergeschlagen und enttäuscht. Aber viele loben Thorsten Schäfer-Gümbel und sein Sondierungsteam. Schäfer-Gümbel habe alle Möglichkeiten geprüft. Nun müsse man sich eben von den Träumen verabschieden, allen voran Schäfer-Gümbel. Der Parteirat gibt keine Empfehlung für eine der beiden Optionen ab, sondern beschließt, dass alle Unterbezirke den Sondierungsbericht auf Regionalkonferenzen diskutieren sollen. Die Basis soll mitbestimmen, ein Landesparteitag entscheiden. Nur: worüber? Die CDU wartet darauf nicht. Sie will am Freitag entscheiden.

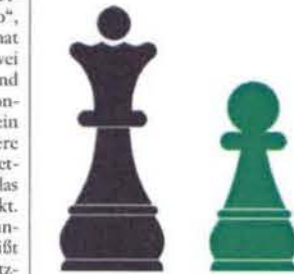


Am Mittwochnachmittag kommen die grünen Sondierer zusammen. Sie müssen eine Empfehlung für den Parteirat am Samstag vorbereiten. Zwei Stunden dauert das Gespräch, es herrscht Einigkeit: Wenn die CDU uns will, sagen wir ja. Aber will die CDU? Auch ihre Unterhändler treffen sich an diesem Tag in Wiesbaden, um erstmals offen über den Wunschpartner zu reden. „Sine ira et studio“, wie es heißt, also kalt. Einer hat die Argumente säuberlich auf zwei DIN-A4-Seiten notiert: pro und contra Schwarz-Rot, pro und contra Schwarz-Grün. Es wird ein schwieriges Abwägen, mehrere Stunden lang. Es gibt da noch etwas zur Infrastrukturplanung, das den CDU-Leuten nicht schmeckt. Sie fordern letzte Nachbesserungen, bevor sie zustimmen. So heißt es später. Oder ist das nur ein letzter Trick, um den Preis zu drücken?



Jetzt ist Volker Bouffier am Zug. Er ruft am Donnerstagnachmittag Tarek Al-Wazir an und trägt das offene Anliegen vor. Die Chefs einigen sich. Auch der mühsam geschmiedete Kompromiss zum Flughafen steht jetzt. Der Betreiber Fraport soll „ergebnisoffen“ prüfen, ob er das schon genehmigte Terminal 3 wirklich bauen muss. Die Anwohner sollen nachts eine Stunde länger Ruhe haben. Und für die Zukunft soll es einen „Lärmdeckel“ geben, weniger Flüge, auf jeden

Fall weniger laute Flugzeuge. Aber Bouffier gibt Al-Wazir noch keine Zusage. Er ist in Berlin, redet erst mit der Kanzlerin. Al-Wazir wartet auf den Anruf. Am Abend verlinkt er „Dieser Weg“ von Xavier Naidoo auf Twitter. Den Titel hatten sich die grünen Unterhändler zur Hymne erkoren. Alles klar also? Nein, noch nicht. Al-Wazir ruft den Godfather der hessischen Grünen an. Wie soll er reagieren, wenn Bouffier anruft? Joschka Fischer sagt: Meine Güte, ihr wollt doch regieren! Er schickt noch eine SMS hinterher: „Nur Mut! Du packst das.“ Dann, sehr spät, ist Volker Bouffier am Apparat. Das Warten hat ein Ende.



Am Freitagnachmittag stimmen CDU-Landesvorstand und Fraktion über den Vorschlag Bouffiers ab, mit den Grünen Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Die Hessen-CDU steht wieder wie ein Mann, der Beschluss fällt einstimmig – was selbst die Grünen erstaunt. Ein freudig-gelöster Bouffier tritt vor die Kameras. Gewiss werde es noch schwierige Verhandlungen geben, doch zeigt er sich zuversichtlich, dass die Koalition vor Weihnachten steht. Der CDU-Chef formuliert das Glaubensbekenntnis der neuen Konstellation: Keine Seite werde ihre Identität aufgeben, aber in Sachfragen müsse man kompromissbereit sein. Bouffier vermeidet es tunlichst, von einem schwarz-grünen Projekt zu reden. Aber er verleugnet nicht die strategische Bedeutung: Wenn die Zusammenarbeit fünf Jahre lang erfolgreich laufe, dann sei Schwarz-Grün eine Option nicht nur in Hessen. Auch zu Schäfer-

Gümbel fällt noch ein Wort: Er selbst habe zu keiner Zeit an dessen Verlässlichkeit gezweifelt, sagt Bouffier, „aber viele unserer Freunde waren irritiert“. Das Spiel mit einer Minderheitsregierung habe „nicht geholfen“. Später sagt ein Mann aus dem Verhandlungsteam, dieser letzte Schachzug Schäfer-Gümbels sei nicht entscheidend gewesen: „Hätte er nicht von Anfang an herumgeciert, sondern uns klar gezeigt, dass er mit der CDU regieren will, dann hätte es anders ausgehen können.“

Der grüne Parteirat kommt am Samstagvormittag nahe dem Frankfurter Hauptbahnhof zusammen. Knapp sechzig Delegierte, ebenso viele Mitglieder. Es gibt vierzig Wortmeldungen. Die Grünen diskutieren nüchtern und sachlich, ohne Euphorie und ohne Skepsis. Ganz selten wird es emotional: wenn jene reden, für die ein Bündnis mit der hessischen CDU der Pakt mit dem Teufel ist. Al-Wazir hält dagegen. Die Linke habe gezeigt, dass sie „nicht regieren kann und nicht regieren will“. Die Grünen hätten nur die Wahl, in die Opposition zu gehen oder in Verhandlungen eine Alternative zur großen Koalition wie in Berlin deutlich zu machen. Am Ende lehnen nur sechs Delegierte Koalitionsverhandlungen ab.

Auf dem Blackberry des Grünen-Chefs gehen derviel Dutzende von Glückwünschen ein. Katrin Göring-Eckardt erinnert daran, dass der 21. Dezember, wenn die Landesmitgliederversammlung über einen Koalitionsvertrag abstimmen soll, der Tag des heiligen Thomas sei, des ungläubigen Thomas. Sie schreibt, was Jesus zu ihm sagt: Selig sind die, die nicht sehen und doch glauben. Klingt fast schon wie ein Parteitagmotto. Am meisten aber lacht Al-Wazir über die Botschaft von Reinhard Bütikofer, lange Jahre Parteichef der Bundesgrünen: Aus dem Fuldaer Dom würden Rotationsgeräusche gemeldet – aus der Nähe des Grabes von Bischof Dyba, einem sehr konservativen Kirchenführer.

Nächste Woche beginnen die Koalitionsverhandlungen. Dafür bleiben drei Wochen Zeit, ein sportliches Programm. Für die schwierigen Themen – neben dem Flughafen auch die Gesellschafts- und Integrationspolitik – hat sich schon ein neues Wort eingebürgert: „Korridore der Einigung“.